

Nico Stehr

Wird der Klimawandel die Demokratie übertrumpfen?

Ich beginne mit einer kurzen Zusammenfassung meiner Beobachtungen:

Unter Klimaforschern, in der Klimapolitik und in den Medien lassen sich eine wachsende Ungeduld mit den Tugenden der Demokratie, sowie ein dringlicher Verweis auf die außergewöhnlichen Umstände unserer ökologischen Situation ausmachen. Dabei wird jedoch nicht nur der tiefe Graben zwischen Erkenntnis und Handeln beklagt, sondern es wird die *Demokratie als solche* als Schuldige ausgemacht. Die Demokratie, so kann man die skeptischen Beobachtungen bilanzieren, sei ungeeignet, effektiv auf die massiven Herausforderungen zu reagieren, vor denen Politik und Gesellschaft angesichts der Folgen des Klimawandels stehen. Die Zweifel an der Demokratie stützten sich auf eine Reihe von Beobachtungen, die ich kritisch hinterfragen möchte.

Anstelle eines Vorworts:

In den kommenden Jahrzehnten (und nicht etwa Jahrhunderten) wird das Schmelzen der Eismasse der westlichen Antarktis dazu führen, dass der Meeresspiegel um etwa 2,00 Meter oder mehr ansteigt.

Nach 2100 wird dieser Anstieg noch gravierender sein. Sydney, New York, Hong Kong, Shanghai, Miami, Hamburg etc, werden unter Wasser stehen.

Das Pariser Klimaabkommen vom vergangenen Jahr -- sollte es denn umgesetzt werden -- wird daran nichts ändern.

Wird die Demokratie es schaffen?

Gefahren für die Demokratie gibt es viele in der heutigen Zeit. Nicht die geringste ist das in verschiedenen Teilen der Öffentlichkeit heutiger Demokratien weit verbreitete Gefühl, dass sie in der politischen Klasse kein Gehör finden.

Die Klimaveränderung ist zweifellos eine der größten Herausforderungen der modernen Zivilisation, wenn nicht sogar die größte.

Meine Beobachtungen über die gesellschaftlichen Folgen des Klimawandels betreffen die Zukunft. Natürlich ist mir die Gegenwart der Zukunft verschlossen. Offen sind mir hingegen die Beobachtungen vieler darüber, wie diese Zukunft aussehen mag oder aussehen sollte. Genau darauf beziehe ich mich.

Verweildauer und Akkumulation

Der wissenschaftliche Diskurs hat sich bislang größtenteils mit dem Nachweis befasst, dass es das Phänomen eines anthropogenen Klimawandels gibt. Diese Frage ist geklärt.

Die hier angesprochenen Gefahren sind nicht nur Resultat des weiter steigende Volumen und Tempo der Treibhausgase, sondern **vor allem** für deren *Verweildauer* und demzufolge deren *Akkumulation* in der Atmosphäre. Das reicht von Jahrzehnten bis zu Jahrhunderten.

Was sollen wir politisch tun?

Was den möglichen politischen Umgang mit der Klimaveränderung angeht, gibt es zwei radikale Vorschläge:

Mit dem ersten Vorschlag werde ich mich nur sehr kurz beschäftigen. Mit dem zweiten Vorschlag werde ich mich dagegen intensiver befassen, ihn aber ebenfalls ablehnen.

Von der Tugend der Untätigkeit

Der erste politische Vorschlag favorisiert denn auch das Nichtstun.

Der kleine Marco, wie er liebevoll aber auch hämisch von Donald Trump genannt wurde, ist der Autor der ersten Idee. Senator Marco Rubio, der Junior Senator von Florida, der sich inzwischen aus dem Kampf um die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der Republikaner verabschiedet hat, ist der ureigene Autor der folgenden profunden Ansicht:

Dass die Erde wärmer wird, lässt sich nicht leugnen. Senator Rubio vertritt lautstark die Meinung, eine Politik der Minderung der Treibhausgase stehe im Widerspruch zu Gottes Willen. Rubio fügt hinzu, soweit wir wissen, *wolle* Gott, dass die Erde wärmer wird. Die Klimaveränderung sei Teil des göttlichen Planes.

In der Tat sind in den letzten Jahren die Daten belastbarer geworden und hat der Konsens in der *scientific community* zu diesem Thema nicht nur zugenommen, sondern beide Entwicklungen deuten auch auf weitaus dramatischere und dauerhaftere Folgen der Erderwärmung hin als bislang angenommen.

Klimaforscher, Sozialwissenschaftler, die sich mit dem Klimawandel befassen, Teile der Zivilgesellschaft (NGOs) und die Medien verweisen demnach auf eine von „außergewöhnlichen Umständen“ beherrschte „Gegenwart der Zukunft“.

Aber dieselben Gruppen behaupten auch, dass sie mit ihrer Diagnose der potentiellen, beispiellosen Gefahren auf taube Ohren stoßen. Angesichts der außerordentlichen Gefahren, die der Klimawandel für die menschliche

Zivilisation darstellt, wird die Demokratie unversehens zu einer unangenehmen Regierungsform.

Trifft es zu, dass in der Demokratie der Klimawandel nicht zu schaffen ist?

Überraschenderweise hat der Diskurs über die Demokratieverdrossenheit und die Notwendigkeit des Abbaus politischer Freiheiten angesichts tiefgreifender künftiger Klimaveränderungen in den Sozialwissenschaften wenig systematische Beachtung gefunden.

Deshalb soll hier diese Verdrossenheit im Vordergrund stehen. Mein Argument ist, dass demokratische Staatsführung und Klimaveränderung nicht im Widerspruch zueinanderstehen. Statt über die Unannehmlichkeiten des demokratischen Regierens zu lamentieren, sollte man lieber darüber nachdenken, wie die Demokratie auszubauen wäre, und zwar nicht trotz, sondern *gerade* angesichts der massiven Herausforderungen des Klimawandels.

Lassen Sie mich schrittweise vorgehen. Als erstes befasse ich mich mit der zunehmenden Bedeutung der von den Eliten aufgestellten Behauptung der „außergewöhnlichen Umstände“. Ein zweiter Schritt beschreibt die bei Klimaforschern, anderen Wissenschaftlern und in den Medien um sich greifende Rede von der „unangenehmen Demokratie“. Drittens soll auf den vorgeschlagenen Rollenwechsel von Klimaforschern zu Politikern eingegangen werden. Und schließlich untersuche ich die gravierenden Schwächen der Behauptung von der „unangenehmen Demokratie“.

Die zunehmende Bedeutung der „außergewöhnlichen Umstände“

In der Vergangenheit verstand man kriegsähnliche Zustände und große Katastrophen üblicherweise als Rechtfertigung für den Abbau von demokratischen Freiheiten. Dieses Verständnis spricht auch aus der gegenwärtigen Berufung auf „außergewöhnliche klimatische Umstände“.

Für die Community der Klimaforscher, die gerade anfängt, über eine „Gegenwart der Zukunft“ der massiven (aber immer noch ungewissen) Auswirkungen des Klimawandels nachzudenken, gibt es wenige historische Beispiele oder Erfahrungen, auf die sie sich beziehen könnte.

Der Philosoph Hans Jonas (1979: 261), der mit großem publizistischen Erfolg aus der Not eine Tugend macht, indem er von der Menschheit das *Prinzip der Verantwortung* für die Folgen ihres Tuns fordert, ist davon überzeugt, die Verhinderung einer Menschheitskatastrophe werde nur in einer Gesellschaft möglich sein, die diktatorisch organisiert ist. Es geht um Entscheidungen, die „im demokratischen Prozess schwer zum Beschluss gebracht werden können“

Claus Leggewie (2010: 150) formuliert diese Erwartung genauer, wenn er sagt, „autoritäre Regime könnten ... als grün aufgeklärte Oligarchien Klimaschutz und Energiewende ... in einem Umfang und einer Geschwindigkeit verordnen, zu denen westliche Demokratien nicht willens oder in der Lage wären.“

Die Folgerung dieser Beobachtungen kann nur sein, dass demokratische Prozesse in einer Gesellschaft dem Sieg über die außergewöhnlichen Umstände untergeordnet werden müssen.

Erosion der Demokratie

Viele Angehörige der scientific community haben dazu eine Meinung.

Der bekannte Klimaforscher James Hansen (2009), der als erster den amerikanischen Kongress auf das Phänomen der Erderwärmung aufmerksam machte, fasst die allgemeine Frustration so zusammen: „Der demokratische Prozess funktioniert nicht“. Die Rede von der „unangenehmen“ Demokratie stützt sich intellektuell auf eine ganze Reihe von Erwägungen:

- eine zutiefst pessimistische Sicht der menschlichen Psyche;
- die Kurzzeitorientierung des menschlichen Denkens

- die mangelnde intellektuelle Kompetenz der Individuen, komplexe Probleme zu erfassen;
- das mangelnde Wissenschaftsverständnis der meisten Politiker wie auch ihrer Wähler;
- die Unfähigkeit der Regierung, angesichts verfassungsrechtlicher Festlegungen langfristige Ziele zu verfolgen;
- der Einfluss von Kapitalinteressen auf die Tagespolitik;
- die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen;
- und nicht zuletzt die vergeblichen Versuche der Klimaforscher selbst, dafür zu sorgen, dass ihre Botschaft nicht auf taube Ohren stößt.

Die Masse der Bürger lässt sich, so scheint es, einfach nicht dazu bringen, wissenschaftlich untermauerte politische Optionen zu unterstützen und ihre Umsetzung zu verfolgen. Bei einer großen Mehrheit der Bürger wäre irrationales Handeln zu erwarten.

So schreibt der Klimaforscher Hans-Joachim Schellnhuber (2011): „... meine Selbst- und Alltagserfahrung zeigt, dass Bequemlichkeit und Ignoranz die größten Charaktermängel des Menschen sind. Das ist eine potentiell tödliche Mixtur.“

Und der Nobelpreisträger Daniel Kahnemann (in Marshall, 2014:57) stellt nüchtern fest:

„... unter dem Strich bin ich ... äußerst skeptisch, was unsere Fähigkeit angeht, mit dem Klimawandel fertig zu werden. Um die Menschen zu mobilisieren, muss das eine emotionale Frage werden.“

Die Demokratie ist andererseits von unmittelbar anstehenden, häufig wechselnden „Ereignissen“ in Anspruch genommen; die in der Verfassung verankerten Regeln der Repräsentation und der damit vorgegebene, relativ kurze Zeitrahmen beeinträchtigt eine vorausschauende Politik.

Es gibt in Demokratien anscheinend nicht nur eine „Tyrannei der Mehrheit“, sondern auch eine „Tyrannei des Gegenwärtigen“.

Was kann Demokratie leisten?

- Wie können Demokratien für ein nachhaltiges Interesse an einer Gegenwart der Zukunft sorgen, die noch Jahrzehnte entfernt ist?
- Und sind gesellschaftliche Institutionen wie etwa Märkte, die nach freiheitlichen Prinzipien organisiert sind, ebenso unfähig?

Nicht nur in der Community der Klimaforscher wird über die Schwächen der demokratischen Governance zweifelnd diskutiert. Entsprechend sind die skeptischen Einschätzungen vieler Sozialwissenschaftler über den gegenwärtigen und zukünftigen Zustand der Demokratie. Verbreitet und aus unterschiedlichen Gründen wird die Leistungsfähigkeit der Demokratie in entmutigenden Schlüssen von Soziologien und Politologen angezweifelt.

So lautet etwa die Schlussfolgerung der sozialwissenschaftlichen Beobachter, die heutigen Demokratien seien – ob bewusst oder aufgrund eines ökonomischen, politischen und moralischen Strukturwandels – auf dem Weg zu autokratischen Regierungsformen.

Die Erosion der Demokratie zeige sich zum Beispiel in

- als Aushöhlung von Bürgerrechten;
- der Vermarktlichung des staatlichen Sektors;
- den damit einhergehenden seelenzerstörerischen zentralen Zielvorgaben und massiven Wirtschaftlichkeitskontrollen;
- der Verunglimpfung von Professionalität und beruflicher Ethik;
- und dem Vertrauensschwund in der Öffentlichkeit“ (Marquand, 2004:172),
- der Entpolitisierung, der restriktiven Einengung der Öffentlichkeit oder dem Ersatz der Politik durch Managementtechniken (vgl. Rosanvallon, 2006:228).

Allerdings unterscheidet sich die Diskussion über das Kränkeln der Demokratie, wie sie unter professionellen sozialwissenschaftlichen Beobachtern der zeitgenössischen Formen von demokratischer Governance geführt wird, in einem entscheidenden Punkt von der Diagnose der Demokratie, die im Mittelpunkt meiner Analyse steht: nämlich in dem Heilmittel, das sie empfiehlt.

Fürsprecher der Demokratie diskutieren Ansätze zur Revitalisierung demokratischer Kernfunktionen zum Beispiel die Wiederherstellung einer „Gesellschaft der Gleichen“ durch aktive Beteiligung einer großen Zahl von Bürgern an der Gestaltung des öffentlichen Lebens.

Wie dem auch sei

ist die radikal abwertende Diagnose einer unangenehmen Demokratie gerechtfertigt?

Aufgeklärte Führung

Bis vor kurzem waren offen und explizit geäußerte Zweifel an den Vorzügen der Demokratie selten zu vernehmen, ausgenommen natürlich von bestimmten Führern ausgesprochen undemokratischer Nationen. Vor allem Wissenschaftler haben traditionell selten, und im [westlichen] Deutschland der Nachkriegszeit schon gar nicht in der Öffentlichkeit ernstzunehmende Bedenken an dem politischen System der Demokratie geäußert.

Aber die Zeiten ändern sich.

Ein gutes Beispiel ist der Funktionswandel des *International Panel on Climate Change* (IPCC, Weltklimarat). Das IPCC versteht sich selbst immer häufiger nicht so sehr als eine wissenschaftliche Organisation mit dem Auftrag, alternative politische Optionen für die politische Diskussion und Entscheidungsfindung anzubieten, sondern als ein Gremium, das auch die praktische Umsetzung der von ihm aufgezeigten Optionen für das politische Handeln verlangt.

Oder mit den Worten des Klimaforschers Hans Joachim Schellnhuber: um eine global nachhaltige Lebensweise zu verwirklichen, brauchen wir eine sofortige „große Transformation“. Was genau damit gemeint ist, bleibt vage.

Ein Teil, wenn nicht das Herzstück der großen Transformation sind ein neues politisches Regime und neue Formen von Governance. So schreiben etwa die australischen Wissenschaftler David Shearman und Joseph Wayne Smith (2007: 4) in ihrem Buch *The Climate Change Challenge and the Failure of Democracy*: „Wir brauchen eine autoritäre Regierungsform, um den Konsens der Wissenschaft über die Treibhausgasemissionen praktisch umzusetzen.“

Die Sozialwissenschaftlerin Evelyn Fox Keller (2010) setzt sich angesichts des gravierenden Problems der Erderwärmung ebenfalls mit Nachdruck für eine unmittelbar wirksame, praktisch-politische Rolle der Klimaforschung ein:

die Klimaforscher [sind] nicht nur in der Lage, [so betont sie] sondern geradezu verpflichtet sind, diese Führungsrolle zu übernehmen.

Robert Friedman, der einflussreiche Kolumnist der *New York Times*, meinte kürzlich, die herausragende Rolle des Staates in der Klimapolitik, wie etwa in China, sollte zum Vorbild werden und weltweite Bedeutung bekommen.

Doch autoritäre und totalitäre Regierungen sind nicht gerade für ihre Leistungen im Umweltschutz bekannt; auch Nationen wie China oder Russland, die sich für den Weg der „autoritären Modernisierung“ entschieden haben, schneiden da nicht besser ab.

Wissenschaft, Wissen und Demokratie

Die Doppelthese von den „außergewöhnlichen Umständen“ und der „unangenehmen Demokratie“ gibt zu verstehen, dass eine Regierung der Eliten im Interesse der Massen wäre.

Diese Position eine Reihe von gravierenden Schwächen und Fehlschlüssen auf:

- Erstens, die generell pessimistische Einschätzung, dass demokratische Governance unfähig ist, mit außergewöhnlichen Umständen fertig zu werden und sie unter Kontrolle zu halten, ist verknüpft, und sei es auch nur implizit, mit einer optimistischen Einschätzung des Potentials von zentralistischer gesamtgesellschaftlicher *Planung*. Das Planungsdenken, das noch vor ein paar Jahrzehnten in den

Kontroversen über zentralistische Wirtschaftspolitik breiten Raum einnahm, ist mit Recht in Verruf geraten. Auch das einst aktive Programm der Zukunftsforschung und die begeisterte Unterstützung, die es erfuhr, sind verschwunden. Beispielsweise betont Niklas Luhmanns systemtheoretische Sichtweise die Dezentralisierung als ein Merkmal moderner, funktional differenzierter Gesellschaften, was eine nicht-differenzierte, globale Planung von vornherein ausschließt.

- Zweitens: Es liegt ein defektes Verständnis von Wissen vor: wissenschaftliches Wissen ist weder unmittelbar performativ (als wäre es mit Steuerungsfähigkeit gleichzusetzen oder stelle praktische Vernunft dar) noch unmittelbar persuasiv (das heißt, widerstandslos überzeugend).
- Drittens: die Argumentation ungeduldiger Demokratiekritiker lässt eine unangemessene Gleichsetzung der Natur der Natur mit der Natur der Gesellschaft erkennen. Die Ungewissheiten, die die Wissenschaft von den natürlichen Prozessen (Klima) ausgeräumt zu haben behauptet, werden einfach auf den Bereich gesellschaftlicher Prozesse übertragen. Konsens über die Beweislage, so das Argument, sollte zum Konsens über das politische Handeln motivieren. Die zum Wesen des sozialen, politischen und ökonomischen Geschehens gehörenden Ungewissheiten und die Schwierigkeit, die Gegenwart der Zukunft zu antizipieren, werden als nebensächliche Hindernisse behandelt. Dies untergräbt die Vielfalt und den Konflikt, die zu den unvermeidlichen Merkmalen heutiger Gesellschaften gehören.
- Viertens, und damit zusammenhängend: wenn Politik immer mit Ungewissheit und Kontroversen einhergeht, wie kann man dann annehmen, dass die Klimaforscher das *Problem* überhaupt korrekt darstellen? Gibt es andere gesellschaftliche Ziele, die ebenso dringlich, wenn nicht dringlicher sind? Sind Umweltprobleme mit anderen Problemen verflochten, die das jeweilige Problem sowohl ausweiten als auch einen anderen Zugang zu ihm bieten?

Es gibt nur ein politisches System, das auf den rationalen Umgang mit divergierenden politischen Interessen, auf die Beilegung von

Verteilungskonflikten in und zwischen Nationen, den Umgang mit unterschiedlichen politischen Optionen (zum Beispiel Anpassung und/oder Mitigation) und allgemein auf die Förderung der Bestrebungen unterschiedlicher Bevölkerungssegmente ausgerichtet ist und das ist die Demokratie. Die Herausforderung, die bleibt, ist der *Ausbau*, nicht der *Abbau* der Demokratie.

Demokratie ausbauen

Vertreter der These von der unangenehmen Demokratie ziehen den falschen Schluss, wenn sie behaupten, dass nur politisch autoritäre Staaten,¹ möglichst von Wissenschaftlern gelenkt, wirksame und richtige klimapolitische Entscheidungen fällen.

Die Geschichte lehrt uns, dass das Gegenteil der Fall ist. Das Bewusstsein für Umweltbelange und die breite Unterstützung für die daraus folgenden Regulierungen sind in einer offenen demokratischen Diskussion über den Wert der Natur für die Menschheit entstanden. Das heutige China, von den ehemaligen staatssozialistischen Gesellschaften Osteuropas ganz zu schweigen, kann nicht als Modell dienen.

Klimapolitik muss mit Demokratie vereinbar sein; andernfalls wird die Gefahr für unsere Zivilisation über bloße Veränderungen der physischen Umwelt weit hinausgehen.

Unter heutigen gesellschaftlichen Bedingungen ist die breite politische Beteiligung der Bürger insbesondere angesichts ihrer stärkeren kognitiven und sozialen Fähigkeiten eine Voraussetzung für erfolgreiche Politik und nachhaltige politische Beteiligung und Steuerung.

Ein weiterer wichtiger gesellschaftspolitischer Prozess, der zum Ausbau von Demokratie und politischer Partizipation beiträgt ist in modernen Gesellschaften die vorhandenen Muster sozialer Ungleichheit zu reduzieren.

Darüber hinaus sollte man sich immer wieder bemühen, um Grenzen zu überwinden und die vermeintlich besonderen Motive und Praktiken unterschiedlicher gesellschaftlicher Institutionen zusammenzuführen, etwa

¹ Tatsächlich bleibt auch bei einer globaler werdenden Governance der Staat weiterhin der wichtigste Akteur (vgl. Jordan und Huitema, 2014).

durch die Verbindung von ökonomischen und moralischen Anreizen und eine komplexere Definition von Bedürfnissen.

Friedrich Hayek, (1960:25) hat mit Recht auf eine paradoxe Entwicklung hingewiesen, die sich auch im gegenwärtigen Kontext abzuzeichnen scheint: je mehr die Wissenschaft fortschreitet, desto mehr Argumente liefert sie für die These, dass wir „eine *bewusstere und umfassendere Steuerung aller menschlichen Tätigkeiten* anstreben“ sollten.

„Dies ist der Grund,“ fügt Hayek pessimistisch hinzu, „warum diejenigen, die sich am Fortschritt des Wissens berauschen, so oft zu Feinden der Freiheit werden“.

Lassen Sie mich mit Beobachtungen von Niklas Luhmanns und Friedrich Schiller schließen; Luhmann ([1986] 2009: 131) ist eine Fundgrube irritierender aber auch selbstverständlicher Beobachtungen: „Alle Zukunft gibt Anlass zu Besorgnis. Das ist ihr Sinn, und das gilt natürlich auch für die Zukunft der Demokratie.“

Friedrich Schiller ist zumindest was die Zukunft des Klimas angeht sehr viel optimistischer und repräsentiert, das wohl bis auf den heutigen Tag geltende fundamentale Vertrauen vieler Menschen in die Stetigkeit des Klimas:

„Unter demselben Blau, über dem nämlichen Grün wandeln die nahen und wandeln vereint die fernen Geschlechter.“

(Spaziergang Friedrich Schiller)